



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 18/14

I. Das Wichtigste zuerst

1. „Chancen zur Integration von Langzeitarbeitslosen verbessern“:

heißt das gemeinsame Papier, welches meine Kollegen der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales und ich gemeinsam erarbeitet haben. Entsprechend unserem christlichen Menschenbild dürfen wir die langzeitarbeitslosen Menschen nicht aufgeben und müssen ihnen eine Chance auf Integration und damit auf ein erfülltes Leben geben. Neben dem geplanten ESF-Programm des Bundesministeriums zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter haben wir eine Idee entwickelt, die weiterführende Maßnahmen enthält. Da ich im Wahlkreis vermehrt auf das ESF-Programm angesprochen worden bin, möchte ich zunächst einen kurzen Überblick zum Programm geben:

Mit dem **ESF- Bundesprogramm** soll es den Jobcentern ermöglicht werden, arbeitsmarktfremde Langzeitarbeitslose ohne bzw. ohne verwertbaren Berufsabschluss bei der Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu unterstützen, und zwar u.a. durch gezielte Ansprache, Beratung von Arbeitgebern und Arbeitnehmercoaching. Das Programm wird mit insgesamt rund 885 Mio. Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (470 Mio. Euro) und dem SGB-II-Eingliederungstitel (415 Mio. Euro) über die Jahre 2015 bis voraussichtlich 2019 finanziert. Gefördert werden bis zu 33.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Förderrichtlinie soll noch in diesem Jahr in Kraft treten, damit die Jobcenter im ersten Quartal 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Am Sonntag erinnern wir an den Fall der Mauer und das Ende der deutschen Teilung. Viele werden sich wahrscheinlich so wie ich noch sehr genau an diese Momente erinnern, als sie diese Nachricht aufgenommen haben. Manche Szenen, die momentan im Fernsehen wieder ausgestrahlt werden, lösen immer noch eine Gänsehaut aus.

Umso mehr bin ich entsetzt über den SPD-Mitgliederentscheid in Thüringen und die Tatsache, dass SPD und Bündnisgrüne einen Ministerpräsidenten der Linken wählen wollen. 25 Jahre nach Mauerfall kehrt die SED-Nachfolgepartei in die Regierungsverantwortung zurück. Ein schönes Jubiläumsgeschenk von SPD und Grünen!

Unser Bundespräsident hat, vor allem auch vor seinem persönlichen Lebenslauf, mit seiner Äußerung den Finger in die richtige Wunde gelegt. Das zeigt auch die mediale Aufregung darüber.

Deshalb meine ich, lassen wir uns die Freude über dieses glückliche Ereignis nicht vermiesen und halten wir den 9. November 1989 weiter im Gedächtnis!

*Herzliche Grüße
Ihre*

mit der Umsetzung des Programms beginnen können. In diesem neuen Programm sehe ich eine Chance, die Bürgerarbeitsplätze, die Ende des Jahres auslaufen werden, in geänderter Form doch noch zu erhalten. Darauf habe ich bereits in meiner letzten [Bundestagsrede](#) und im persönlichen Gespräch gegenüber der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hingewiesen.

Passiv-Aktiv-Transfer (kurz: PAT) erproben: Unsere Überlegungen greifen das seit mehreren Jahren in der Fachwelt diskutierte Konzept des Passiv-Aktivs-Transfers wieder auf. Mittel, die ohnehin an Langzeitarbeitslose gezahlt werden, sollen zu ihrer Eingliederung in den Arbeitsmarkt nutzbar gemacht werden. Dabei werden Regelleistungen und Zahlungen für Kosten und Unterkunft mit Eingliederungsmitteln zur aktiven Arbeitsmarktförderung eingesetzt. In einem Modellprojekt sollen zunächst bundesweit Erfahrungen mit dem Einsatz der Passiv-Aktiv-Transfers gesammelt werden. Vor einem Jahr ist dieses Arbeitsmarktprogramm bereits in Baden-Württemberg gestartet. Am 17. November haben ich und meine Kollegen aus dem Bundestag u.a. Vertreter der Arbeitsagenturen ins Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald zum SGB II-Gespräch eingeladen. Das vollständige Papier zum Nachlesen finden Sie [hier](#).

2. Grenzverkehr von der Maut verschont – trotzdem Bedenken!

„Halter von nicht in Deutschland zugelassenen PKW und Wohnimmobilien werden von der Abgabe auf Bundesstraßen befreit“, lautet die entscheidende Aussage im Schreiben des Bundesverkehrsministers Alexander Dobrindt (CSU) an die Abgeordneten. **Die PKW-Maut fällt für außerhalb Deutschlands zugelassene PKW nur für Autobahnen an.**

Auch wenn ich es begrüße, dass Halter von nicht in Deutschland zugelassenen PKW von der Abgabe auf Bundesstraßen befreit werden und für die Grenzregion keine Nachteile entstehen, so ist es doch höchst bedenklich, dass deutsche Halter sehr wohl eine Abgabe für Bundesstraßen zahlen müssen. Das ergibt keinen Sinn. In diesem Punkt verfehlt die Maut ihr Ziel und schafft unnötig Bürokratie. Der Grund für die Erhebung der Maut ist doch der, die ausländischen Halter zur Kasse zu bitten. Die deutschen Halter mit der Abgabe auf Bundesstraßen zu belasten, um dann das Geld über die Kfz-Steuer zurückzuholen, macht heute keinen Sinn. Alle Infos zur Infrastrukturabgabe finden Sie zum Nachlesen auf der Seite des [Bundesverkehrsministeriums](#).

3. Gemeinsames Expertengespräch mit der SPD-Fraktion – „Flexible Übergänge zwischen Werkstätten für behinderte Menschen und erstem Arbeitsmarkt“

Menschen mit Behinderungen fällt der Weg auf den ersten Arbeitsmarkt ganz besonders schwer. Ohne Unterstützung bleibt ihnen dieser Weg verwehrt. Der Unterstützung bedürfen jedoch nicht nur die Betroffenen selbst, sondern auch die Unternehmen, die mit der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen oft überfordert sind. Es muss uns daher gelingen, einerseits den geschützten Raum in den Behindertenwerkstätten zu erhalten und andererseits aber auch echte Alternativen zu schaffen und damit das Wahlrecht der Betroffenen zu stärken. Integrationsbetriebe spielen hierbei eine wichtige Rolle. Dr. Fritz Baur, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen, führte aus, dass es bundesweit rund 800 Integrationsfirmen gibt, die 24000 Menschen beschäftigen, knapp die Hälfte davon mit Behinderung. Monika Labruier, Geschäftsführerin eines Integrationsbetriebes aus Köln,



(Bild v. Büro Schummer, von links: Dr. Astrid Freudenstein MdB, Gabriele Schmidt MdB, Uwe Schummer MdB, Kerstin Tack MdB und Dr. Rolf Schmachtenberg (BMAS))

stellte ihr Unternehmen vor, welches erfolgreich Menschen mit Behinderungen in die Unternehmen auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt und damit eine Brücke zwischen Behindertenwerkstätten und dem Arbeitsmarkt baut.

4. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble in der Arbeitnehmergruppe zur Bankenunion



(Bild v. Frank Zwiener, von links: Peter Weiß MdB, BM Wolfgang Schäuble MdB, Paul Lehrieder MdB, Axel Knoerig MdB, Heinz Wiese MdB und Gabriele Schmidt MdB)

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble berichtete unserer Arbeitnehmergruppe diese Woche von der Bankenunion. Am 4. November 2014 hat die Europäische Zentralbank (EZB) die zentrale Bankenaufsicht über rund 120 Banken oder Bankengruppen, darunter 21 aus Deutschland, im Euroraum übernommen. Grundvoraussetzung für die Bankenunion war die einheitliche Bankenaufsicht mit gleichen Spielregeln in allen Mitgliedstaaten, erläuterte der Finanzminister. Die diese Woche im Parlament abschließend beratenen Umsetzungsgesetze haben vor einem Eines im Blick: **den Schutz der Steuerzahler vor Kosten weiterer Rettungsmaßnahmen.** Durch die Einführung einer sog. Haftungskaskade werden im Falle einer Bankenschieflage zunächst die Eigentümer, dann die Gläubiger, dann der neue europäische Abwicklungsfonds und anschließend der Mitgliedstaat haften.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Asylbewerberleistungsgesetz. Das Gesetz zielt im Wesentlichen auf eine 1:1- Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts im Urteil vom 18. Juli 2012. In dieser Entscheidung hat das BVerfG die Höhe der Geldleistungen im Asylbewerberleistungsgesetz für unvereinbar erklärt. Das Gesetz sieht u.a. ein Sonderleistungsrecht für ausländische Staatsangehörige vor, die sich nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten.

2. Gesetz über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen. Erst vor kurzem kam das Problem der Unterbringung von Flüchtlingen im Wahlkreis zur Sprache. Siegfried Kuster, Bürgermeister von Stegen, kritisierte, dass die Flüchtlinge nicht im Gewerbegebiet untergebracht werden könnten, obwohl das Gewerbegebiet als Anlage für soziale Zwecke geeignet wäre. Das Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung beschließen, wird zu einer Entlastung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen führen. Es erlaubt als zeitlich befristetes Maßnahmengesetz Erleichterungen und Vereinfachungen im Bereich des Bauleitplanungsrechts und der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit von Anlagen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Möglich wird etwa die Umwidmung von Büro- oder Geschäftsgebäuden zu Unterkünften oder die Unterbringung von Flüchtlingen auf solchen Flächen, die unmittelbar an einen bebauten Ortsteil anschließen bzw. in Gewerbegebieten.

III. Sonstiges

Powerfrauen unter sich - Bundeskanzlerin begrüßt Landfrauen im Kanzleramt!



(Bild: Bundesregierung/Bergmann)

Geballte Frauenpower in der Hauptstadt! 50 politisch interessierte Frauen kamen nach Berlin, um die Hauptstadt zu erkunden. Dabei waren rund 40 Landfrauen aus dem Bezirk Stühlingen-Bonndorf und der ehrenamtliche Vorstand des Frauen- und Kinderschutzhauses Kreis Waldshut e.V..

Nachdem ich die Gruppe im Bundestag begrüßt habe, ging es dann gleich weiter ins Kanzleramt. Ein unvergessliches Erlebnis bescherte dort der Gruppe die Bundeskanzlerin höchstpersönlich. Die Landfrauen wussten bis zum letzten Moment nichts von dem geplanten Treffen, umso überraschter waren sie, als Angela Merkel vor ihnen stand. Die Überraschung war perfekt!

Ein weiteres spannendes Erlebnis war die Führung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, wo Geschichte zum Leben erweckt wird. Das Gespräch im Landwirtschaftsministerium nutzten die Frauen, die überwiegend aus der Milchwirtschaft kommen, um Fragen zur geplanten Abschaffung der Milchquote zu stellen. Die Sorge ist groß, dass gerade die kleinen Betriebe auf dem angebots- und nachfrageabhängigen Markt der Konkurrenz nicht gewachsen sein könnten. Fragen zu möglichen Auswirkungen konnten vom Ministerium leider nicht beantwortet werden. Hofabgabeklausel und Förderung ländlichen Raums waren ebenfalls Gesprächsthema. Der Spaß kam aber auch nicht zu kurz. Ein Musicalbesuch und der Besuch im Currywurst-Museum rundeten eine rundum gelungene und unvergessliche Berlinreise ab.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 18. November, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis](#) (Auswahl):

- 07. November:** • Einbürgerungsfeier LRA Waldshut
- 08. November:** • Kindermusical „Helden der Meere“, Bad Säckingen mit Kindern mit und ohne Behinderung
- 09. November:** • Baumpflanzaktion 25 Jahre Mauerfall, Murg
- 15. November:** • Jubiläumsfeier / 50 Jahre Schwarzwaldverein, Häusern
- 17. November:** • SGB II-Gespräch LRA Breisgau-Hochschwarzwald
- 18. November:** • Besuch der Justus-von-Liebig-Schule Waldshut